



12. Februar 2021

Monitoringbericht Föderalismus 2017–2021

Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Vorstösse in den eidgenössischen Räten

Im Rahmen der jährlichen Berichterstattung des Föderalismusmonitorings werden jeweils auch die in den eidgenössischen Räten eingereichten parlamentarischen Vorstösse (parlamentarische Initiativen, Motionen und Postulate) nach föderalistischen Gesichtspunkten untersucht. Mit dem vorliegenden Mehrjahresbericht können diese Informationen über vier Jahre hinweg betrachtet werden. Die Auswertung einer grösseren Anzahl Vorstösse verbessert die Aussagekraft, da allfällige Verzerrungen vermindert und jährliche Schwankungen geglättet werden.

Die Ergebnisse der Prüfung der parlamentarischen Vorstösse werden unter anderem durch das politische Umfeld, die wirtschaftliche Lage und die Ereignisse bestimmt, die den Zeitraum 2017–2020 geprägt haben. Im Übrigen weisen die entsprechenden Feststellungen auch eine subjektive Dimension auf, weil die angewandten Kriterien einen gewissen Interpretationsspielraum bieten. Folglich sind eher die allgemeinen Trends und Stossrichtungen als die detaillierten Zahlen zu berücksichtigen.

Auswahlverfahren und Methode

Untersucht wurden nur Vorstösse mit Bezug zum Föderalismus. Die Auswahl erfolgte dabei in zwei Schritten:

- 1) In einem ersten Schritt wurde mit einer Volltextsuche nach dem Wortstamm «kanton» nach potenziell für die Kantone relevanten Vorstössen gesucht. Von den insgesamt in der Periode 2017–2020 eingereichten 3340 Vorstössen (2014–2016: 2060) wurden so 1377 Vorstösse (2014–2016: 814) herausgefiltert, was 41 % (2014–2016: 40 %) entspricht.
- 2) In einem zweiten Schritt wurden diese 1377 Vorstösse in einem qualitativen Verfahren einzeln gesichtet und auf Relevanz in Bezug auf die föderalistischen Beurteilungskriterien geprüft. Diese zweite Auswahl ergab 387 Vorstösse (2014–2016: 236), was 11,6 % (2014–2016: 11,5 %) aller in der Berichtsperiode eingereichten Vorstösse entspricht.

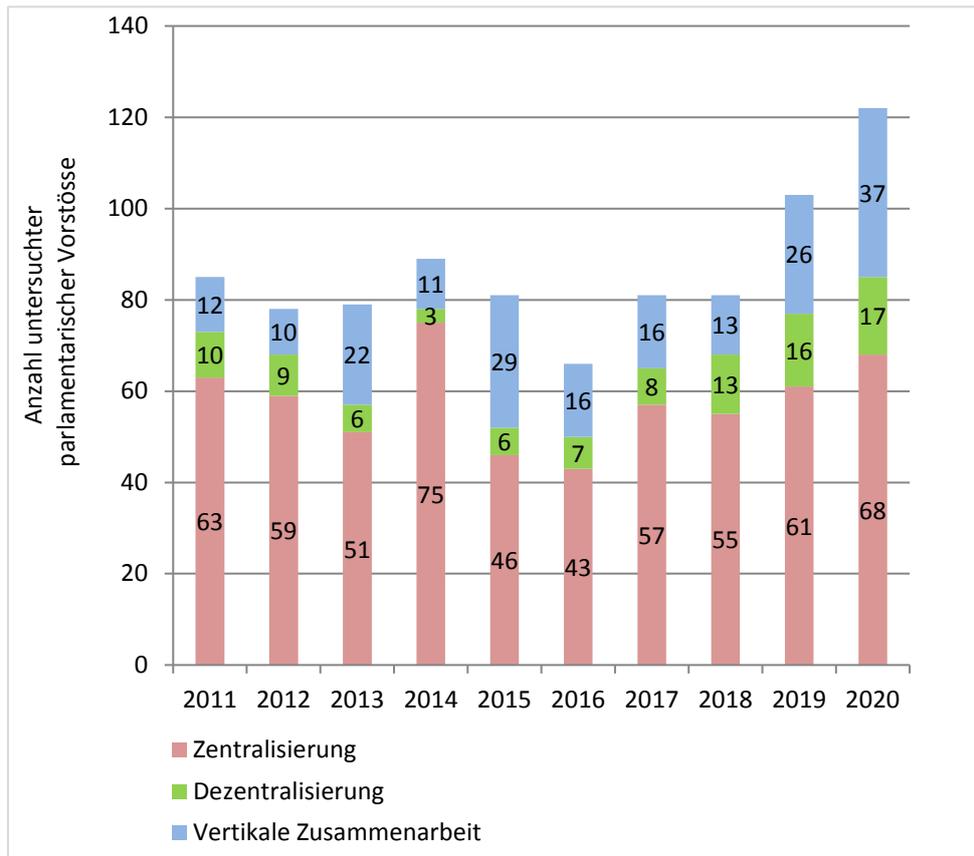
Die ausgewählten 387 Vorstösse wurden in der Folge vertiefter analysiert. Dabei gilt es zu beachten, dass die weitere parlamentarische Beratung der untersuchten Vorstösse nicht berücksichtigt wurde, sondern nur der Text des Vorstosses als solcher. Gestützt auf die Analyse wurden die Vorstösse schliesslich in drei Kategorien unterteilt:

- 1) *Zentralisierung*: Der Vorstoss zielt in seiner Stossrichtung auf die Zentralisierung eines Aufgabenbereichs ab.

- 2) *Dezentralisierung*: Der Vorstoss respektiert den Grundsatz der Subsidiarität und schlägt eine dezentrale Problemlösung vor.
- 3) *Vertikale Zusammenarbeit*: Mit dem Vorstoss wird eine Lösung vorgeschlagen, mit der die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen beachtet wird.

Die folgenden Feststellungen bilden eine Momentaufnahme und zeigen nicht unbedingt einen langfristigen Trend auf.

Entwicklung der parlamentarischen Vorstösse in der Berichtsperiode
Entwicklung der Stossrichtung der Vorstösse 2017–2020



Grafik 1

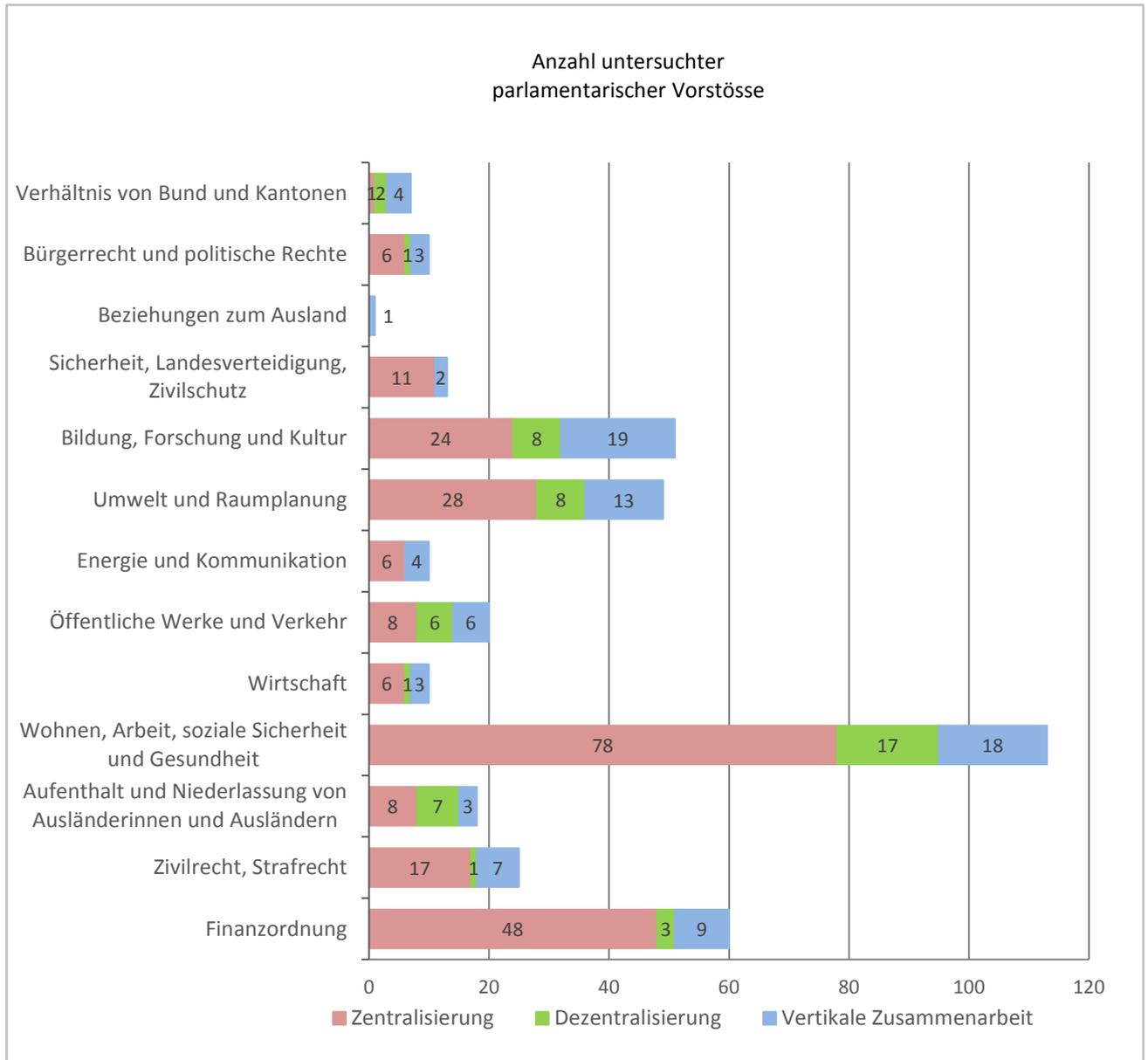
Im Zeitraum 2017–2020 weist eine Mehrheit der analysierten Vorstösse eine zentralistische Stossrichtung auf (241 bzw. 62 %). Der Rest verteilt sich auf parlamentarische Vorstösse, die eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen (92 bzw. 24 %) und Dezentralisierung bezwecken (54 bzw. 14 %). Der Vergleich mit den Ergebnissen 2014–2016 zeigt keine grossen Unterschiede. Die Mehrheit der eingereichten parlamentarischen Vorstösse weist eine zentralistische Stossrichtung auf.

Die zentralistischen Vorstösse waren im Vergleich zum Zeitraum 2014–2016 rückläufig (2014–2016: 69 %; 2017–2020: 62 %), während die parlamentarischen Vorstösse, die den Spielraum der Kantone erhöhen wollen, zugenommen haben (2014–2016: 7 %; 2017–2020: 14%). Zu beachten ist die

Zunahme der unter dem Gesichtspunkt des Föderalismus relevanten parlamentarischen Vorstösse 2019 und 2020.

1.1 Gliederung nach Politikbereich

Die parlamentarischen Vorstösse wurden nach betroffenem Politikbereich unterschieden.
Gliederung nach Politikbereich (2017–2020)



Grafik 2

Die Nomenklatur der Politikbereiche für den Zeitraum 2017–2020 unterscheidet sich von den für die Untersuchung der parlamentarischen Vorstösse im Zeitraum 2014–2016 verwendeten Bezeichnungen. Sie wurde auf der Grundlage der thematischen Struktur der Bundesverfassung festgelegt.

Im Zeitraum 2014–2016 zeigt die Gliederung nach Politikbereich, dass die Forderung nach zentralistischen Lösungen vor allem in den Bereichen «Gesundheit» (24 bzw. 86 %), «Finanzen» (35 bzw. 83 %) und «Sicherheit/Justiz» (13 bzw. 81 %) gestellt wurde. Die Zahl der Vorstösse mit dezentralistischer Stossrichtung war in allen Politikbereichen gering.

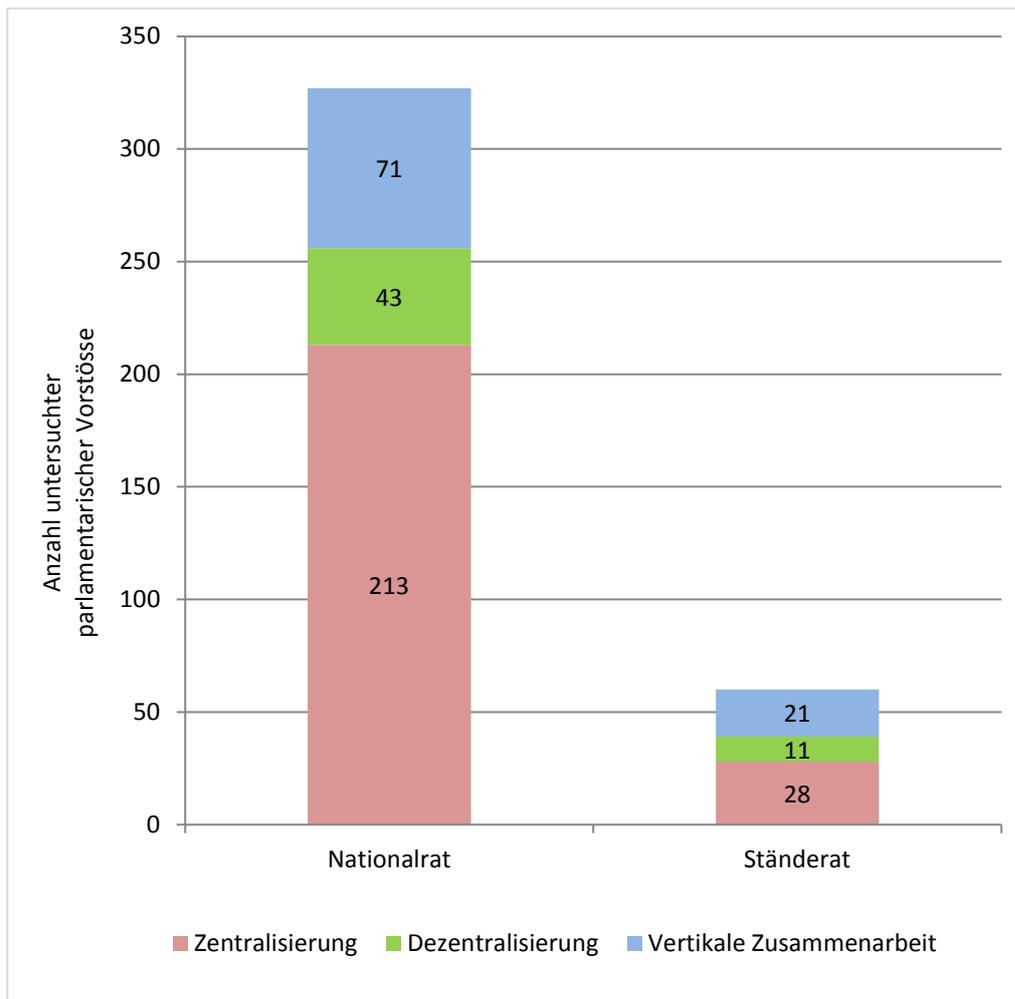
Im Zeitraum 2017–2020 betrug der Anteil der parlamentarischen Vorstösse im Bereich «Wohnen, Arbeit, soziale Sicherheit und Gesundheit» fast 30 % der Gesamtzahl. Der Anteil der Forderungen nach zentralen Regelungen liegt in den Bereichen «Sicherheit, Landesverteidigung, Zivilschutz» (11 bzw. 85 %)¹, «Finanzordnung» (48 bzw. 80 %), «Wohnen, Arbeit, soziale Sicherheit und Gesundheit» (78 bzw. 69 %) sowie «Zivilrecht, Strafrecht» (17 bzw. 68 %) über dem Durchschnitt von 62 %. Die Anzahl Vorstösse, die eine Dezentralisierung anstreben, ist in allen untersuchten Politikbereichen gering. Ausnahmen bilden nur die Bereiche «Aufenthalt und Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern» (7 bzw. 39 %) sowie «Öffentliche Werke und Verkehr» (6 bzw. 30 %).

¹ Die Prozentwerte in den Klammern beziehen sich jeweils auf das Total der untersuchten Vorstösse im jeweiligen Politikbereich, z.B. Vorstösse mit zentralistischer Stossrichtung im Bereich «Sicherheit, Landesverteidigung, Zivilschutz»: 11 = 85 % der insgesamt 13 in diesem Bereich eingereichten Vorstösse (13 = 100 %).

1.2 Gliederung nach Akteuren

Im Folgenden werden die Vorstösse nach Akteuren gegliedert. Dabei wird nach der Rats- sowie der Fraktionszugehörigkeit unterschieden.

Unterscheidung nach Ratszugehörigkeit Gliederung nach Ratszugehörigkeit (2017–2020)



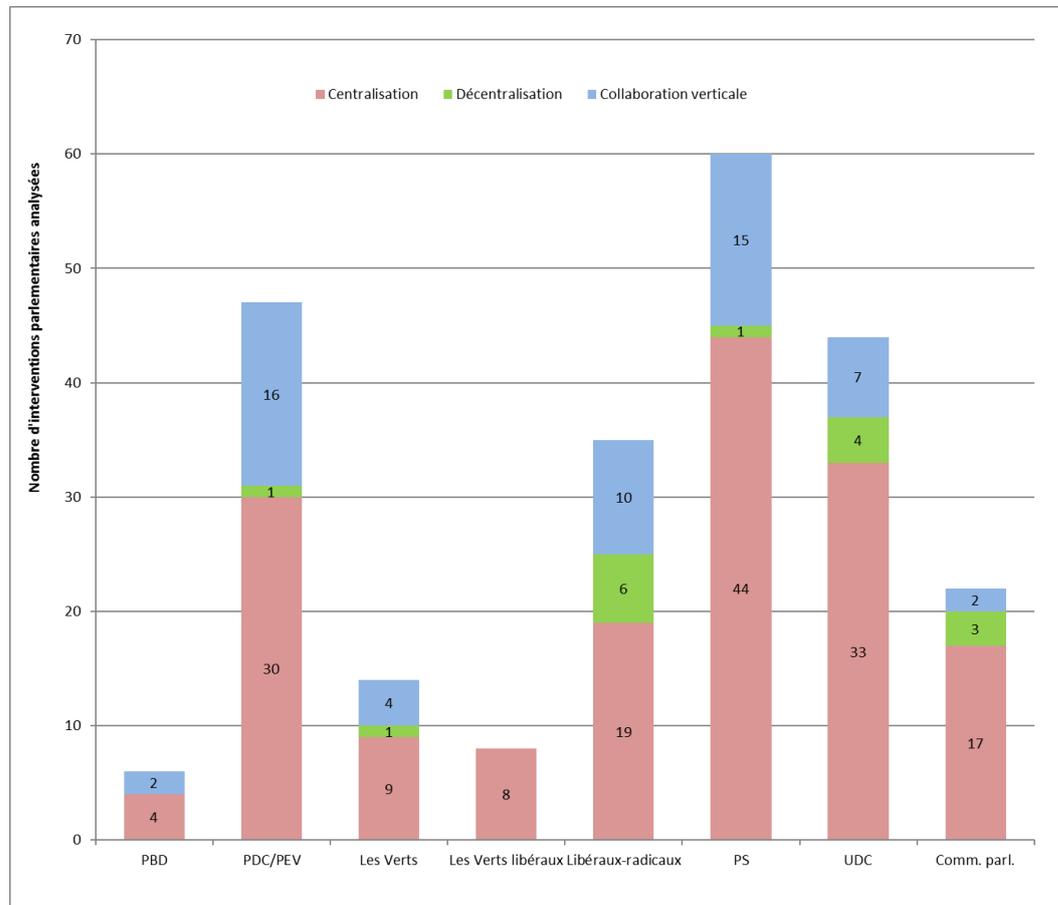
Grafik 3

Im Zeitraum 2017–2020 war der Anteil der parlamentarischen Vorstösse mit zentralistischer Stossrichtung im Nationalrat (213 bzw. 65 %) stärker als im Ständerat (28 bzw. 47 %)². Der Zentralisierungstrend ist folglich sehr ausgeprägt. Die Ergebnisse unterscheiden sich allerdings nicht grundlegend von den Resultaten des Zeitraums 2014–2016.

² Die Prozentwerte in den Klammern beziehen sich jeweils auf das Total der untersuchten Vorstösse nach Ratszugehörigkeit, z.B. Vorstösse mit zentralistischer Stossrichtung im Ständerat: 24 = 47 % der insgesamt 60 im Nationalrat eingereichten Vorstösse (60 = 100 %).

Unterscheidung nach Fraktionszugehörigkeit

Gliederung nach Fraktionen bzw. parlamentarischen Kommissionen (2014–2016)

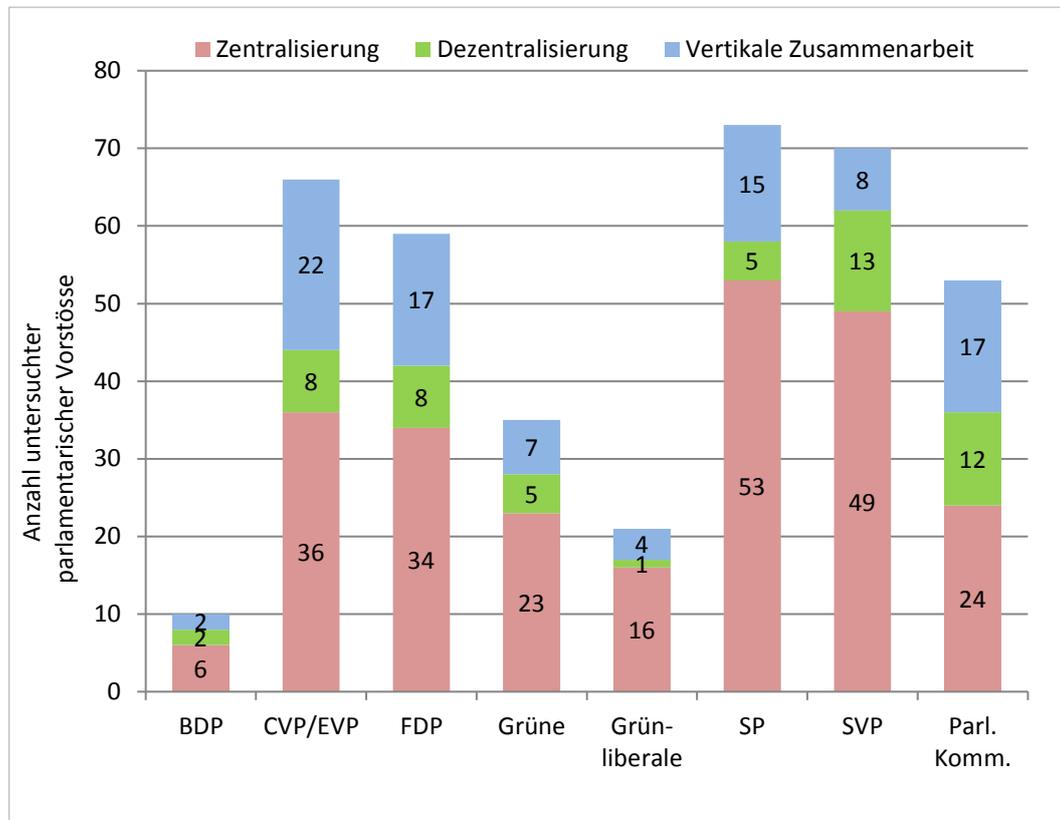


Grafik 4

Übersetzung Grafik:

centralisation	Zentralisierung
décentralisation	Dezentralisierung
collaboration verticale	Vertikale Zusammenarbeit
Nombre d'interventions parlementaires analysées	Anzahl untersuchter parlamentarischer Vorstösse
PBD	BDP
PDC/PEV	CVP/EVP
Les Verts	Grüne
Les Verts libéraux	Grünliberale
Libéraux-radicaux	FDP
PS	SP
UDC	SVP
Comm. parl.	Parl. Komm.

Gliederung nach Fraktionen bzw. parlamentarischen Kommissionen (2017–2020)



Grafik 5

Bei der Gliederung der Vorstöße nach Fraktionszugehörigkeit des intervenierenden Parlamentsmitglieds (bzw. parlamentarischen Kommissionen, Parteien) für den Zeitraum 2014–2016 fällt auf, dass über 60 % der Vorstöße aus den Fraktionen der SP, CVP/EVP und SVP kamen. Über dem Durchschnitt (69 %) liegen die Vorstöße mit zentralistischer Stossrichtung bei den Grünliberalen (8 bzw. 100 %), gefolgt von den parlamentarischen Kommissionen (17 bzw. 77 %), der SVP (33 bzw. 75 %) und der SP (44 bzw. 73 %).

Die von den Regierungsparteien (SP, SVP, CVP/EVP und FDP) im Zeitraum 2017–2020 (vgl. Grafik 5) eingereichten parlamentarischen Vorstöße entsprechen mehr als zwei Dritteln (268 bzw. 69 %) der Gesamtzahl. Den höchsten Anteil an Vorstößen mit zentralistischer Stossrichtung können die Grünliberalen (16 bzw. 76 %) vorweisen, gefolgt von der SP (53 bzw. 73 %), der SVP (49 bzw. 70 %) und den Grünen (23 bzw. 66 %). Diese Fraktionen liegen folglich über dem Wert von 62 %, der dem Anteil der zentralistischen Vorstöße an allen analysierten Vorstößen entspricht. Der Zentralisierungstrend steht in keiner Beziehung zur Positionierung der Parteien im linken oder rechten politischen Spektrum.